

Bezugpreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 4.-, Halbjährlich 7.-, Vierteljährlich 4.-, monatlich 2.-, frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugspreis: Monatlich 2.-, Halbjährlich 10.-, Vierteljährlich 6.-, frei ins Haus, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25, für das übrige Ausland 10.25, bei täglich einmaliger Zustellung 8.25. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, England, Schweden u. die Schweiz, eingetragen in die Postzeitungs-Preisliste. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Voll u. Zeit' erscheint wochentags zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adressen:

'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 1.50 Mk. 'Kleine Anzeigen', das ist gedruckt Wort 60 Pfg. (zählend 7 gedruckt Worte), jedes weitere Wort 40 Pfg. Stellengelder und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 30 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigenaufschlag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1.50 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Montag, den 25. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Wahlordnung zum Arbeiterrat.

In Ausführung des vom zweiten Rätekongress erteilten Auftrages hat der Zentralrat die nachstehende Wahlordnung beschlossen:

Wahlgebiet.

- 1. In jedem wirtschaftlich und politisch selbständigen Gebiet sind Arbeiterräte zu wählen. 2. Als wirtschaftlich und politisch selbständige Gebiete im Sinne dieser Wahlordnung gelten die Stadt- und Landkreise in Preußen bzw. die entsprechenden Verwaltungsgebiete in den außerpreussischen Ländern. Im Einkommen mit dem Vollzugsausschuss der Arbeiterräte im Kreis können der Kreisverwaltung unterstehende Orte sowie Bezirke, die wirtschaftlich zusammengehörende Orte umfassen, als selbständige Wahlgebiete bestimmt werden.

Wahlkörper.

- 3. Die Räte gehen aus Wahlen hervor, die Betriebsweise, d. h. nach einzelnen Betrieben oder nach berufswirtschaftlich zusammengelegten Betrieben erfolgen. 4. Vorübergehend Arbeitslose und Invaliden der Arbeit werden, nach Berufen (Gewerben) gegliedert, Wahlkörpern ihres Gewerbes zugeteilt.

Wahlrecht.

- 5. Wahlberechtigt sind alle gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Männer und Frauen sowie die Invaliden der Arbeit und vorübergehend Arbeitslose, die das 18. Lebensjahr vollendet haben. 6. Wählbar sind alle dem Wahlkörper als Wahlberechtigter angehörenden Männer und Frauen, die das 21. Lebensjahr vollendet haben. 7. Auf 1000 Wahlberechtigte entfällt ein Vertreter. In jedem Wahlkörper müssen soviel Wahlberechtigte vorhanden sein, daß mindestens 3 Vertreter gewählt werden können. Bei Wahlkörpern, in denen das volle Tausend Wahlberechtigter nur mindestens 500 überschritten wird, entfällt auf diese, das volle Tausend überschreitende Zahl ein weiterer Vertreter.

Wahlverfahren.

- 8. Die Wahl ist geheim, sie findet nach den Grundzügen der Verhältniswahl statt. Wahlvorschlüge müssen mindestens von 25 dem Wahlkörper angehörenden Wahlberechtigten unterschrieben sein.

Wahlhandlung.

- 9. Die Wahl findet, wenn der Wahlkörper nur einen Betrieb umfaßt, im Betriebe, wenn der Wahlkörper mehrere Betriebe umfaßt, in einem der den Wahlkörper bildenden Betriebe oder in sonstigen, innerhalb des Wahlgebiets liegenden Wahlräumen statt. 10. In Bezirken, die ein Wahlgebiet bilden, kann die Wahlhandlung an einem Ort, aber auch in den einzelnen Orten des Bezirks in Wahlräumen während einer bestimmten Zeitdauer vorgenommen werden.

Örtliche Arbeiterräte.

- 11. In Orten, in denen nach den Vorschriften dieser Wahlordnung keine oder weniger als 5 Arbeiterräte gewählt sind, sollen, unter Verständigung mit dem Vollzugsausschuss des Kreises, durch örtliche Wahlen Arbeiterräte bis zur Höchstzahl von 5 Mitgliedern zur Erledigung örtlicher Aufgaben gewählt bzw. hinzugewählt werden. Diese Arbeiterräte können von dem Vollzugsausschuss des Kreises für die Aufgaben des Kreises mit herangezogen werden. In diesen Orten soll die Wahl möglichst berufswirtschaftlich, wobei ähnliche und verwandte Berufe zusammenzufassen sind, vorgenommen werden. Wahlberechtigt zu diesen örtlichen Wahlen sind alle 18 Jahre, wählbar alle 21 Jahre alten ordnungsgemäßen gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Männer und Frauen, sowie Invaliden der Arbeit und vorübergehend Arbeitslose.

Organisationsstatut.

- 1. Örtliche Obleute bzw. Vollzugsausschüsse. Die Arbeiterräte jedes Ortes wählen einen Obmann, in größeren Orten einen Vollzugsausschuss. Der Vollzugsausschuss soll in der Regel, auch in den großen Städten, die Zahl von 11 Mitgliedern nicht überschreiten. 2. Vollzugsausschüsse der Kreise. Der Vollzugsausschuss des Kreises ist die oberste Instanz für die Arbeiterräte des Kreises bzw. der entsprechenden Verwaltungsgebiete in den nichtpreussischen Ländern. Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlrechts in Versammlungen der Arbeiterräte der Wahlgebiete des Kreises statt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

3. Vollzugsausschüsse der Bezirke.

Der Vollzugsausschuss des Bezirks ist die oberste Instanz für die Arbeiterräte des Regierungsbezirks bzw. des entsprechenden Verwaltungsgebiets in den nichtpreussischen Ländern.

Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlrechts in Versammlungen der Arbeiterräte des Regierungsbezirks statt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

4. Vollzugsausschüsse der Provinzen bzw. Landesauschüsse in den nichtpreussischen Ländern.

Der Vollzugsausschuss der Provinz (bzw. der Landesauschuss in den nichtpreussischen Ländern) ist die oberste Instanz der Provinz bzw. der nichtpreussischen Länder.

Die Wahl ist geheim und findet auf Grund des Verhältniswahlrechts in Versammlungen der Arbeiterräte der Provinzen bzw. der nichtpreussischen Länder statt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

Der Zentralrat.

Der Zentralrat ist die oberste Instanz aller Arbeiterräte der deutschen Republik.

Seine Wahl findet auf einem allgemeinen Rätekongress statt. Der Rätekongress wird nach den Grundzügen der Verhältniswahl von den auf Grund der Wahlordnung gewählten Arbeiterräten in der Weise beschickt, daß auf eine bestimmte vom Zentralrat festzusetzende Zahl der Bevölkerung je ein Vertreter entfällt.

Die nach Ziffer 11 der Wahlordnung hinzugewählten örtlichen Arbeiterräte beteiligen sich an dieser Wahl nicht.

Die Renonvierung von Arbeiterräten auf Grund der Wahlordnung des Zentralrats richtet sich nicht gegen die Reichsverfassung bzw. gegen die seitens der Reichsregierung getroffenen Maßnahmen zur Durchführung des Artikels 165 der Reichsverfassung. Die neu gewählten Arbeiterräte sind berufen, eine Brücke zwischen dem gegenwärtigen und dem zu erwartenden verfassungsmäßigen Zustand auf dem Gebiet der Räteorganisation zu bilden.

Zentralrat der deutschen Arbeiterräte. gez. Cohen. gez. Faust.

Versailler Arbeitsbericht.

Der Oberste Rat der Alliierten bestimmte in seiner Sonnabend-Sitzung, daß die Kosten für die Volksabstimmung in Schleswig zu gleichen Teilen von Deutschland und Dänemark getragen werden sollen.

Weiter beschäftigte er sich mit dem österreichischen Friedensvertrag, dessen Fertigstellung beschleunigt werden soll, wie in Titoni Paris am 1. September verläßt.

Als nächster Punkt folgte der Bericht Louchet über das Kohlenproblem. Nach seiner Ansicht erklärt sich die Schwierigkeit nicht nur aus der Förderungsminderung, sondern auch aus der Transportlage. Es bestehen auch Transportverlegenheiten im Saargebiet und im Pas de Calais lagern 100 000 Tonnen, die nicht abgeföhren werden können.

Weiter beschloß er, der rumänischen Regierung eine Note zu überreichen, in der sie aufgefordert wird, genaue Aufklärung zu geben über alle Requisitionen und Beschlagnahmungen in Ungarn. Der Betrag dieser Beschlagnahmen werde später bei der Abrechnung der Entschädigungssumme, die Ungarn zu zahlen habe, verrechnet.

Nach 'Intransigent' soll der Oberste Rat Rumänien auch mit der Einstellung der Lieferungen von Kriegsmaterial gedroht haben, wenn es sich nicht den Anordnungen des Obersten Rates füge. 'Tribune' veröffentlicht auch eine Erklärung, die Ministerpräsident Bratianu seinem Bukarester Korrespondenten zur Veröffentlichung übergeben hat. Darin kommt zum Ausdruck, daß Bratianu der Regierung Friedrich nicht ganz traut und glaubt, sie könne vielleicht im Einverständnis mit Bela Kun eingekerkert worden sein, wie die Regierung Bela Kun im Einverständnis mit Karolhi zur Herrschaft gelangt sei. Die ungarische Frage müsse jetzt endgültig geregelt werden, denn wenn Anarchie in Budapest herrsche, greife sie nach Wien über und könne auch andere Hauptstädte bedrohen. Die rumänische Armee habe dem Chaos ein Ziel gesetzt, und ihre Requisitionen hätten sich in den Grenzen gehalten, die die ungarischen Lebensinteressen nicht bedrohten.

Maßnahmen gegen die Kohlennot. Die österreichische Regierung beschloß, zur Behebung der Kohlennot mehrere Kohlenlager in Deutschösterreich neu zu erschließen. Es handelt sich in der Hauptsache um die Wolfgöggtraunfalter Gruben, wo unter Beteiligung des Staates 15 Millionen Kronen investiert worden sind.

Naumanns Tod.

Die Demokratische Partei hatte auf ihrem letzten Parteitag einen Mann zu ihrem Vorsitzenden gewählt, dem niemand, wie er sich auch sonst zu ihm stellen mag, ein warmes Empfinden für die Bedrängten und Unterdrückten absprechen kann. Diese Wahl, die den ehemaligen christlichsozialen Schwarmgeist Friedrich Naumann an die Spitze der großen bürgerlich-liberalen Partei stellt, war ein neuer Beweis dafür, wie schwer es ist, die komplizierte politische Entwicklung in den engen Rahmen gedanklicher Schemata zu spannen. Naumann hatte seine äußere Parteistellung mehrfach gewechselt, aber selbst die größte Schlagwortpropaganda würde vor der Behauptung zurückschrecken, daß Naumann ein Knecht des Kapitalismus, ein Selbstverleugner geworden wäre. Eine solche Behauptung wäre ein Unrecht an dem Mann, der nur seinen Ideen und nicht seinem Vorteil gelebt hat, ein Unrecht aber auch an der Wahrheit, die uns nötiger ist denn je.

Naumann hat nicht nur seine äußere Parteirichtung gewechselt, er hat auch manche seiner Ideen revidieren müssen, manche seiner Illusionen zerrinnen lassen. Aber treu blieb er sein Leben lang den sozialen Grundgedanken seiner Politik, den zu verweigern ihn kein taktisches Augenblicksbedürfnis verleiten konnte. So blieb er, noch lange nachdem er seinen Liebergang von der nationalsozialen Partei zur freimütigen Vereinigung und dann zur geeinigten Fortschrittlichen Volkspartei vollzogen hatte, unter seinen neuen Parteigenossen ein Eingänger, den die alten Führer mit Mißtrauen betrachteten. Man mußte den Mann, der der alten Partei den seltenen Schatz neuer Gedanken brachte und der in der Kunst mündlichen und schriftlichen Ausdrucks ein Meister war, wohl als einen wertvollen Gewinn gelten lassen, wurde aber das Gefühl, einem fremden, nicht ganz unbedenklichen Zuzüger gegenüberzustehen, sobald nicht los.

Es ist kennzeichnend, daß nur einer von den bekanntesten alten Führern des Liberalismus zu dem neuen Mann in ein engeres Verhältnis trat, und das war gerade einer, der in seiner geistigen Entwicklung schon vom Liberalismus ging als Naumann zu ihm kam. Theodor Barth, der aufrechte Demokrat, der innerlich den Bruch mit dem Mandarliberalismus vollzogen hatte und an seiner Aufgabe verzweifelte, aus dem alten Liberalismus eine moderne, sozialpolitischen Gedanken zuwählende, aktionsfähige demokratische Partei zu machen, sah in Naumann eine Hoffnung. Als ihn auch diese enttäuschte, ging er. Der Bruch vollzog sich in der Zeit des konservativ-liberalen Blocks, den Naumann mehr ertrug, als er ihn mitmachte. Während Barth in seiner demokratischen Forderung starr blieb und für sich persönlich die Konsequenzen zog. Heute ist es schwer zu sagen, wer von den beiden Männern damals richtig gehandelt hat. Aber gewiß ist es, daß der bürgerliche Liberalismus, der jetzt Deutsche Demokratische Partei heißt, arm geworden ist, da er diese beiden Männer verlor.

Barth kam von der Freihandelslehre, Naumann von Stöcker und Adolf Waaner. Ein schärferer Gegensatz läßt sich gar nicht denken. Der hochaufgeschossene blonde Pastor aus Sachsen, dessen Frankfurter Predigten wegen ihres sozialen Inhalts und ihrer Formschönheit Aufsehen erregten, stellt einen ganz anderen Typ dar, als der sprunghaft freitbare Sandifus aus Bremen, der vom freien Spiel der Kräfte das Glück der Menschheit erwartete. Für die Sozialdemokratie waren sie natürlich beide Gegner, der gefährlichere aber oder wenigstens der mehr in die Augen fallende war zweifellos Friedrich Naumann von dem Augenblick an, da er sich von der christlichsozialen Partei ablöste, um die nationalsoziale Partei zu gründen.

Heute wundert sich niemand mehr darüber, daß diese Partei zerfiel, höchstens könnte man sich darüber wundern, daß Auge Menschen sie für lebensfähig hielten. In der Arbeiterschaft konnten ihre Lehren keinen Boden finden, da war das Bedürfnis, sich erst einmal von allem Alten und Ueberlebten loszuretten, viel zu groß, als daß eine Partei mit reichlich pastoralem Einschlag, die die Verführung mit der Monarchie predigte, Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Als eine Partei von Arbeitern und für Arbeiter wollte aber Naumann die nationalsoziale Partei begründen, er hat unter Sämergen um die Proletariatsseele gerungen, und erst spät seine ungeheuren Fehler und die Ursachen des Scheitlergs erkannt.

Als die nationalsoziale Partei an ihren Wahlmiserfolgen zugrundegegangen war und zerfiel, wandte sich ein Teil von ihr zur Sozialdemokratie, der andere zum Liberalismus. Zum Liberalismus ging auch Naumann, er erregte damit das schmerzlichste Erstaunen seiner bisherigen

Parteilöser, die im Kampfe gegen den manchesterlich gerichteten antisozialen Liberalismus die Hauptaufgabe des Nationalsozialismus erblickt hatten. Solche Enttäuschungen hat Raumann seinen Anhängern oft bereitet, und daß dem so war, liegt an der Eigentümlichkeit des Politikers, der mehr in Synthesen als in Gegensätzen zu denken gewohnt war. Raumann war mehr Kämpfer als Kämpfer und suchte Verbindungen zu knüpfen, wo andere nur Trennendes sahen. So hatte er schon vom Konservatismus die Hand zu den revolutionären Arbeitern hin ausgestreckt, so suchte er Demokratie und Koöperatismus zu vereinigen, und sehr nachdem der nationalsoziale Traum ausgeträumt war, reizte ihn die Aufgabe, den bürgerlichen Liberalismus mit neuem sozialen Geist zu erfüllen und so für die bürgerliche Demokratie und die sozialistische Arbeiterdemokratie eine möglichst breite gemeinsame Aktionsbasis zu schaffen.

Für die Zukunft der innerdeutschen Politik ist es eine Frage von nicht geringer Bedeutung, wie sich die demokratische Partei nach dem Tode ihres Vorsitzenden weiter entwickeln wird. Es wird sich zeigen müssen, ob Raumanns Wirken dauernde Spuren in ihr hinterlassen wird oder ob nach dem Verschwinden dieser starken Persönlichkeit wieder die Zeit für diejenigen anbricht, für deren Gefühl Raumann nie etwas anderes als Fremdkörper und Episode gewesen ist. Das ist auch für das Verhältnis der Sozialdemokratie zu ihr, denn Raumann als Vorsitzender war eine starke persönliche Garantie dafür, daß die demokratische Partei sich nicht zu einer reinen kapitalistischen Interessenvertretung, zu einer Partei des bürgerlich-republikanischen Gedächtnisses entwickelte. Eine solche Entwicklung würde das Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie unmöglich machen und das innerpolitische Leben Deutschlands mit schweren Krisen bedrohen.

Raumanns Tod ist ein Verlust nicht nur für die demokratische Partei, sondern für unser ganzes politisches Leben, für unser Christentum, das in ihm einen der besten Stilisten für das Parlament, das einen seiner glänzendsten Redner verliert. Raumann war kein geborener Führer der Massen, kein hinreichender Prophet einer neuen Lehre, aber er war eine eigenartige schöpferische Persönlichkeit, wie sie in unserem politischen Leben selten sind. Er war ein großer Anreger, und es war unmöglich, gegen ihn zu kämpfen oder mit ihm zu arbeiten, ohne aus Kampf oder Mitarbeit eine gewisse geistige Bereicherung zu ziehen. Er hat sehr oft geirrt, aber er hat das unerschütterliche Verdienst, Hunderttausende zum politischen Nachdenken gezwungen zu haben. Die Gefährten seines Weges haben oft gewechselt, manche Straße mußte er allein gehen, aber an seinem Grabe werden sich alle in ehrlicher Trauer zusammenfinden, die ihn als Führer geliebt und die ihn als Gegner geschätzt haben.

Polen in Oberschlesien.

Die Polen suchen mit allen Kräften aus dem ober-schlesischen Aufstand Gewinn für sich herauszuschlagen, wie aus folgenden Meldungen hervorgeht:

Nach Meldungen der polnischen Presse entfalteten Warschauer politische Kreise infolge des ober-schlesischen Aufstandes eine fieberhafte Tätigkeit. Sowohl die Presse als auch die Öffentlichkeit rief nach einem sofortigen militärischen Einschreiten in Oberschlesien. Der Zentralvolksrat der polnischen sozialistischen Partei hat sogar eine Rundgebung an die Arbeiter erlassen, in der diese aufgefordert werden, für eine Vereinigung mit den schlesischen Gebieten zu manifestieren.

Nach einer Meldung der „Kowia Reforma“ aus Warschau ist eine Deputation von Insurgenten aus Oberschlesien beim Ministerpräsidenten Paderewski eingetroffen und auch vom Staatspräsidenten Pilsudski empfangen worden. Die Deputation fordert, daß den Aufständischen sofort Hilfe geleistet werde, um so eher, als sich das polnische Heer nach einem Kampfe mit den Deutschen sieht. Die Warschauer Presse erklärt ebenfalls, daß man nicht eine Entscheidung der Entente abwarten könne, und fordert die Regierung zu energischen Schritten auf.

Die Meldung besagt nichts darüber, wie Paderewski sich zu diesen Forderungen der Aufständischen stellt. Die deutsche Regierung ist jedenfalls gewillt, jeden Eingriff in ihre Staatshoheit mit allen Mitteln abzuwehren. Ein Zeichen dafür ist die Aburteilung der Insurgentenführer, die unbeeirrt eingeleitet hat. Wir erfahren darüber:

Ein zeitgemäßes Buch.

(Nichtes Reden an die deutsche Nation.)

Von Dr. Victor Engelhardt.

Damals, als die ersten Kriegstürme tobten, hat sich mancher Nichtes Reden an die deutsche Nation gekauft. Auf der Unbekantheit war für den Winter 1914/15 ein Kolleg über den französischen Roderphilosophen angekauft worden, und als der Winter kam, dieser erste Kriegswinter, wurde es ein Kolleg über Nietzsche. Ja, damals haben viele Nichtes Reden gelesen, aber nur wenige haben sie verstanden. Sie lasen wohl „Jugendwo hat die Selbstsucht sich selbst vernichtet“, und waren stolz. Denn wie alle zu den Föhnen eilen, schien jede Selbstsucht gestorben, wie alle zu den Föhnen eilen, gab es nur „Deutsche Schicksal“, ganz so, wie Nietzsche es wollte. Mit hohen stolzen Gefühlen durchsiefen sie das Buch. Sie lasen wohl: „Jugendwo hat die Selbstsucht sich selbst vernichtet“, und vergaßen den Zwischensatz „durch ihre vollständige Entwicklung“.

Dann war das Büchlein in der Not der Jahre lange im Schrank vergraben, bis die Tage des Zusammenbruchs es dem und jenem wieder in die Hände spielten. Manah einer dachte: halt! war es damals nicht ähnlich um Kreuzen bestellt, wie jetzt um deutsche Reich? Nach der unglücklichen Schlacht von Jena und Auerstädt, nach dem unentschiedenen Kampfe bei Preußisch-Eylau und der russischen Niederlage bei Friedland wurde zu Tilsit ein verhängnisvoller Friede geschlossen. Preußen war unter Napoleons Gewalt. In diesen Tagen, als französische Bajonnette Berlin regierten, war im stillen ein neuer Geist erwacht, und hatte Sprache gewonnen in Nichtes feurigen Reden.

Hätten diese in den dunklen Tagen der Vergangenheit gedrähten Worte in den dunklen Tagen der Gegenwart gar nichts zu sagen? So dachte mancher und griff wieder zum Buch und las es plötzlich wie mit aufwachenden Sinnen.

Nichtes ist ja gar nicht der nur „Deutschnationale“, zu welchem ihn die Begeisterung dieser gestempelt. Nein, Nichtes ist ein deutscher — Sozialist. Nun erst wurden die Worte klar: Die Selbstsucht hat sich vernichtet, durch ihre vollständige Entwicklung. In ihnen liegt eine tiefe Ahnung von dem, was Marx später wissenschaftlich ausgeführt hat. Eine Gesellschaftsordnung, die sich auf Selbstsucht gründet, gräbt sich selbst das Grab, führt mit Notwendigkeit zu einem völligen Umsturz und zu neuen Tagen. Die Zeit des Umsturzes ist eine schwere, eine traurige Zeit, aber sie ist auch eine Zeit der höchsten Aufopferung, der höchsten Begeisterung; denn in ihr werden die Keime einer besseren Zukunft empfangen.

Lesen wir so mit offenen Augen und Sinnen dies Buch, dann wird es uns an vielen Stellen Trost bringen, wird Begeweiser

Das außerordentliche Kriegsgericht hat am Sonnabend bereits mit der Aburteilung von ober-schlesischen Aufständigen begonnen. In der ersten Verhandlung wurde ein Grubenarbeiter wegen Aufstuhes zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. 4 weitere Insurgenten, die in der Schießengrube Soldaten der Reichswehr von den Fenstern der Häuser aus beschossen hatten, wurden, weil es sich teilweise um noch jugendliche handelt, zu 15 Jahren und 5 Jahren Zuchthaus sowie zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die aus Oberschlesien nach Polen geflüchteten Insurgenten sind nach Kräften bemüht, nach Oberschlesien zurückzukehren. Die in Katowitz erscheinende „Kassa“ bestärkt diese Tatsache mit dem Bemerkten, daß die Aufständischen deshalb nach Oberschlesien zurückkommen, um erneut in die Reihen der polnischen Kämpfer einzutreten.

Angesichts der fortbestehenden Aufstandesgefahr infolge der Warschauer Hege müssen wir uns sichern. Dazu gehört die Unschädlichmachung der Nadelsticker. So bedauerlich die Verurteilung dieser Leute ist, die meist nur irreführte, von Demagogie, die sich rechtzeitig in Sicherheit gebracht haben, ausgeleitete Leute sind. Wir müssen Ruhe und Ordnung haben, wollen wir aus dem Elend und dem Niederbruch wieder hochkommen.

Die Oberflächlichkeit der U. S. P.

Als vor kurzer Zeit die Generalversammlung unserer Berliner Parteigenossen stattfand, stürzte sich die „Freiheit“ mit der Eier eines Mandbogeis auf die Verhandlungsberichte, um daraus etwas Spieß für die Demagogensuppe zu gewinnen. Die sie alltäglich ihren anpruchstollen Feiern serviert. Die Ausbeute war zwar äußerst mager, dafür hat aber doch die „Freiheit“ einige Lagen ihr geistiges Budget davon bestritten. Sie hätte aber allen Grund, vor der eigenen Fäulnis zu zittern. Die Inkonsequenzen der Ueberkonsequenzen der „Freiheit“ Stoff genug, ihre geistigen Qualitäten zu offenbaren. Es sei nur an den Bericht erinnert, der heute morgen über die Generalversammlung der Berliner Wahlkreise der U. S. P. in der „Freiheit“ zu finden ist. Da geht es nämlich in bezug auf die grundlegendsten politischen und wirtschaftlichen Fragen nach dem bekanntesten Signal: Hin in die Kartoffeln, raus aus dem Kartoffeln!

Leupold J. V. verlangt reinliche Scheidung zwischen Parlamentarismus und Räteystem und meint, die Abgeordneten der U. S. P. in den Parlamenten täten besser daran, zur Agitation aufs Land zu gehen. Lauckant fühlt plötzlich, wie es tut, was er so oft anderen getan hat, und polemisiert gegen Leupold. In logischer Abwechslung behauptet Neumann, daß der Parlamentarismus nicht mehr in Frage komme. Krause wiederum meint, mit der Parole „Alle Macht den Räten“, sei es noch lange nicht getan. Wir haben ja noch nicht einmal in den Industriefabriken die Mehrheit der Arbeiter für uns. (Wenn so etwas ein Wahrheitssozialist sagt, schwindelt er.) In guter Zeit aber stellt Redakteur Prager bei der Verammlung einen erheblichen Grad von Oberflächlichkeit in der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Streitfragen fest, und wir haben keinen Grund, ihm zu widersprechen. Man greife nach einem kritisch, sagt er. Alles, was nicht nach Räteystem aussehe, existiere für die U. S. P. nicht mehr. Bisher habe aber die Erfahrung nicht gezeigt, daß die Politik der Räte die Arbeiter mehr revolutionisiert und die Einigung des Proletariats näher gerückt habe als die Politik der Partei. Weder der Parlamentarismus noch das Räteystem seien als einzige Mittel zu betrachten, sondern alle Mittel müßten in Anspruch genommen werden zur Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus. Die Oberflächlichkeit ihres politischen Wirkens wird also der U. S. P. von eigenen Führern bestätigt. Die Unentwegten oder werden sich hüten, der einzigen Eigenart zu entsagen, der sie überhaupt ihren politischen Bestand verdanken.

Eine Fälschung.

In einem Beschlusse, der gegen die Auflösung des unabhängigen Volksgenossenschafts von den Unabhängigen gefaßt wurde, erlaubt sich die „Freiheit“ eine Fälschung, die in ihrer Dreistigkeit sogar bei diesem Blatt noch auffällt. Sie unterschreibt den Protest nämlich als einstimmigen Beschluß der Verbandsversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins, anstatt ihren Lesern davon Kenntnis zu geben, daß es sich selbstverständlich nur um die unabhängigen Wahlvereine handelt. So ganz wohl

muß doch der guten „Freiheit“ bei dem Gedanken an die kommenden Wahlen nicht zumute sein, da sie doch sonst kaum zu dem Mittel einer derartig plumpen Fälschung greifen dürfte. Wir haben mit dem Teil der Berliner Arbeiterkraft, der in dieser gemeinen Weise belogen und betrogen wird, aufrichtiges Mitleid und fragen uns nur, wie lange er noch dieser Gesellschaft Gefolgschaft zu leisten gewillt ist.

Bürgerliche Hege.

Die in der heutigen Morgenausgabe des „Berliner Sozial-Anzeigers“ angekündigte Sensationsmeldung vom Sturmzeichen in Bayern stellt sich genau so wie die Ankündigung des Berliner Tageblatts von einem bevorstehenden Streik der Berliner Metallarbeiter als eine Unwahrheit dar. Wir halten die Verbreitung derartigen Mitteilungen in dieser an sich schwer erregten Zeit für eine große Gefahr und möchten beide Blätter bitten, bevor sie derartige Meldungen in die Öffentlichkeit bringen, sich an zuständige Stelle zu informieren, auch auf die Gefahr hin, daß ihren Abonnenten beim Lesen des Blattes ein Schauer weniger über den Rücken läuft.

Die Lage der Landwirtschaftsbeamten.

Zu den Kreisen, an denen die Revolution vorübergegangen ist, ohne ihnen eine wesentliche Verbesserung ihrer Lage zu bringen, gehören die Landwirtschaftlichen Beamten. Immer mehr häufen sich die Klagen, daß die Verdienste der Beamten außerordentlich gering sind und daß sie, soweit sie verheiratet sind, überhaupt keine Anstellung finden. Um die Richtigkeit dieser Behauptung festzustellen, braucht man nur den Inseratenteil der „Deutschen Tageszeitung“ zu verfolgen, in dem in den meisten Fällen nur unverheiratete Landwirtschaftsbeamte gesucht werden. Vor uns liegt der Brief eines Beamten, in dem dieser seine bittere Not klagt und darauf hinweist, daß er im Winter dem Hunger ausgefetzt sei. Er fragt, auf welchem Wege der größten Not gesteuert werden könne. Wir können den landwirtschaftlichen Beamten nur den dringenden Rat erteilen, sich zu festen Organisationen zusammenzuschließen, die allein in der Lage sind, der agrarischen Willkür erfolgreich die Spitze zu bieten. Was Organisationsarbeit zu leisten vermag, das kann den Beamten die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung beweisen.

Nietzsche und wir.

In einer Abchiedsbetrachtung von Weimar zitiert Herr A. Zimmermann in der „Deutschen Zeitung“ den Geist von Weimar. Dagegen ist freilich nicht viel einzuwenden. Wir haben das in den letzten neun Monaten von rechts und links oft genug gehört. Was aber Beklemmungen zu erregen geeignet ist, ist die Tatsache, daß er nicht den Geist Goethes und Schillers aus dem Grabe beschwört, sondern den Geist Friedrich Nietzsches. Auch das ist nicht ganz neu; denn schon vor ihm haben konservative Geistesheiler und mit den Gedankengängen des großen Einsamen zu töten gesucht; mit welchem Erfolge, hat die Novemberrevolution bewiesen. Schmerzlich ist nur, daß Herr Zimmermann nichts Besseres zu tun hat, als aus den 16 Bänden, die Nietzsche geschrieben, zu unserer Verschmutterung vier Zitate herauszuholen. Gehört er nun zur „Herde“, zu den „Vielgackeln“ oder nicht? Der einzig fruchtbare Gedanke ist die Erkenntnis, daß die Deutschnationalen noch nichts sind. Möge Nietzsches Geist Herrn Zimmermanns Hoffnung unterfüttern, daß sie mittels des „Willens zur Macht“ noch etwas werden. Wir haben — nach diesen Geburten-erzüssen — die Hoffnung hierauf aufgegeben.

Gute Arbeitslage in Oberschlesien.

Das Rühnker Revier arbeitet voll, das Blesser Revier zu 70 Proz., das Zentralrevier zu 80 Proz. Im Zentralrevier ist die Arbeitsaufnahme eine ziemlich durchgreifende bis auf die Antonienhüttengruben, wo die Quote der Arbeitenden sich nur auf etwa 20 Proz. stellt. Von den staatlichen Gruben arbeiten voll die Berginspektionen eins, zwei und drei, die Berginspektion vier arbeitet nur teilweise.

Tarifänderungen im Güterverkehr. Wie uns die Eisenbahndirektion mitteilt, werden die Güterverkehrtarife ab 1. September dieses Jahres geändert, und zwar tritt eine Erhöhung der Gebühren ein.

güsse Ergebung zu predigen und die, denen er auf Erden kein Plätzchen verstaten will, an den Himmel zu verweisen.“ Die alte Religion, die offenbar eine Dienerin der Selbstsucht war, soll allerdings mit der alten Zeit zugleich zu Grabe getragen werden; denn in der neuen Zeit bricht die Ewigkeit nicht erst jenseits des Grabes an, sondern sie kommt ihr mitten in ihre Gegenwart hinein. . . . Die Erziehung zur wahren Religion ist somit das letzte Geschäft der neuen Erziehung.“

Wer hörte aus diesen Worten nicht die Heilsbotschaft, die uns heute aus dem Sozialismus entgegen tönt?

Die Organisation der Schule ist die Gemeinschaft — die Schulgemeinde — ähnlich vielleicht, wie wir heute eine in Widerspruch haben:

Die Jünglinge werden . . . untereinander in Gemeinschaft leben und so ein abgesonderter und für sich selbst bestehendes Gemeinwesen bilden, das seine genau bestimmte, in der Natur der Dinge gegründete Verfassung habe.“

So hat Nietzsche damals erkannt, was wir heute wieder und wieder erkennen, daß zum neuen Staate neue Menschen gehören. Und diese kann nur die Erziehung schaffen: „Nur diejenige Nation, welche zunächst die Aufgabe der Erziehung zum vollkommenen Menschen durch die wirkliche Ausbildung gelöst haben wird, wird jodann auch jene des vollkommenen Staates lösen.“

Diese Aufgabe wird Deutschland lösen, wenn es den Mut nicht verliert. „Besiegt sind wir; ob wir nun sogleich auch verachtet und mit Recht verachtet sein wollen, ob wir zu allem andern Verluste auch noch die Ehre verlieren wollen, das wird noch immer vor uns abhängen. Der Kampf mit den Waffen ist beschlossen; es erhebt sich, so wir wollen, der neue Kampf der Grundsätze, der Sitten, des Charakters.“

Notizen.

— Die Entdeckerin des Radiums in ihre Heimat berufen. Nach polnischen Zeitungsmeldungen ist Frau Curie, die bisher in Paris wirkte, zum ordentlichen Professor der Radiologie an der Warschauer Universität ernannt worden.

— Theater. Das Lessing-Theater wird als erste Neubeit dieser Spielzeit die Komödie „Die letzten Ritter“ von Heinrich Heine zur Uraufführung bringen. Das Stück war während des Krieges „aus Rücksicht auf das Korpsstudententum“ verboten.

— Aus der akademischen Welt. Die Vorlesungen von Dr. Hering und Dr. Karstadt über „Soziologie des Staates“ und „Sozialismus“ werden am Dienstag, den 26. August, in der Handels-Hochschule fortgesetzt.

— Vorlesung. In der literarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins liest J. W. Murnou vom Deutschen Theater am Mittwoch im Saale des Lessing-Museums, Brüderstr. 13, den „Sohn“ von Dostoevskij vor. Jedermann bei freiem Eintritt willkommen.

sein. Es wird uns scheinen, als seien die meisten Sätze heute geschrieben, für uns gesprochen, damit wir aus der Wirrnis der Tage wieder herausfinden.

Zunächst — keine Verzweiflung!

„Ich setze voraus solche Zuhörer, welche nicht etwa mit allem, was sie sind, rein aufgeben in dem Gefühl des Schmerzes über den erlittenen Verlust und in diesem Schmerze sich wohlgefallen . . .“ — „Es läßt sich der strenge Beweis führen, . . . daß kein Mensch und kein Gott . . . uns helfen kann, sondern daß allein wir uns selber helfen müssen, falls und gehoben werden soll.“ Die Hilfe ist schwer — aber „Sollte eine so gesunkene Nation dennoch sich retten können, so müßte dies durch ein ganz neues, bisher noch niemals gebrauchtes Mittel, vermittelst der Erschaffung einer ganz neuen Ordnung der Dinge, geschehen.“ Diese neue Ordnung kann aber nur erreicht werden durch die „Erziehung der Nation . . . zu einem ganz neuen Leben . . .“ mit einem Worte, eine gänzliche Veränderung des bisherigen Erziehungswesens ist es, was ich als das einzige Mittel, die deutsche Nation im Dasein zu erhalten, in Vorschlag bringe.“

Allgemeine Erziehung tut not, denn . . . die große Mehrzahl . . . auf welcher das gemeine Wesen recht eigentlich ruht, das Volk, wurde von der Erziehungskunst fast ganz vernachlässigt und dem blinden Schicksale übergeben. Wir wollen durch die neue Erziehung die Deutschen zu einer Gesamtheit bilden . . . so wir aber etwa hierbei abermals einen gebildeten Stand . . . absondern wollten von einem ungebildeten, so würde dieser letzte . . . gegen uns dienen, von uns abfallen und uns verloren gehen. Es bleibt sonach uns nichts übrig, als schlechthin an alles ohne Ausnahme, was deutsch ist, die neue Bildung zu bringen . . .“

Dieselbe große Bedeutung hat eine Neugestaltung des Erziehungswesens in unseren Tagen gewonnen, und unsere Einheitschule will ähnliches, wie Nietzsche wollte. Ihr letzter Endzweck ist es, jedem auf dem Gebiet, das seiner Fähigkeit entspricht, zu einem wirklich schöpferischen Menschen zu bilden. Das ist nur möglich, wenn das Kind schon in der Schule selbstständig schaffend ist und nicht wie bisher mit Gedächtnisram überladen wird.

. . . selbstständig zu entwerfen wäre das erste, wovon die Bildung des Geschlechts durch die neue Erziehung ausgehen müßte.“ Dann wird auch das Lernen leicht, denn „der Jüngling lernt gern und mit Lust, und er mag . . . gar nichts lieber tun, denn lernen; denn er ist selbstständig, indem er lernt, und dazu hat er unmittelbar die allerhöchste Lust.“ Zu dieser Selbstständigkeit gehören „auch noch körperliche Übungen und die mechanischen, aber hier zum Ideal berechneten Arbeiten des Ackerbaues und die von mancherlei Handwerken . . .“ Man könnte das Wesen der modernen „Arbeitschule“ kaum besser darlegen, als es hier geschieht.

Ja — sogar in Einzelfragen hören wir durchaus vertraute Klänge, vertraut aus den Kämpfen, die jetzt um Schule und Erziehung geführt werden. „Dem Tyrannen steht es wohl an, reli-

Industrie und Handel.

Börse.

Obwohl die Stimmung an der Börse infolge der weiteren Besserung des Marktes im Auslande recht freundlich war, konnte sich doch ein neuwertiges Geschäft nicht entwickeln. Auf einzelnen Gebieten fanden sogar Abgaben statt, so namentlich am Konstantinmarkt, da gerüchelt wurde von einer neuerlichen Stillebewegung im Kohlenrevier verlaute. Bochumer und Phönix gaben nach. Schiffsfahrtsaktien waren fest, namentlich Hansa. Auch Farb- und Elektropapiere waren etwas höher bewertet. Valutapapiere waren still. Kolonialwerte verkehrten ungeführt auf letztem Stand. Petroleumpapiere gaben unwesentlich nach. Schwächer waren auch ausländische Noten, namentlich rumänische Lei. Gute Meinung bestand für Kolonialpapiere. Von heimischen Anleihen notierte Kriegsanleihe mit 70 Proz., die älteren heimischen Anleihen zogen mäßig an.

Groß-Berlin

Millionenschiebungen im Spandauer Traindepot.

Die Spandauer Kriminalpolizei ist augenblicklich bemüht, eine Schiebung aufzudecken, durch die Millionen an Wertem dem Reich verloren gegangen sein sollen. Eine Lokalcorrespondenz teilt darüber mit: Die Berliner Kriminalpolizei hatte vor einiger Zeit festgestellt, daß ein in der Rosenfelder Straße wohnender Altstädter große Mengen von Pferdegeschirren, Sätteln, Baumzeug, Lederdecken usw. auf Lager hatte, deren Herkunft er nicht einwandfrei nachweisen konnte. Man beobachtete ihn und konnte in derselben Nacht feststellen, daß ein Lastkraftwagen gegen 4 Uhr morgens vor dem Haus Geschirre und Lederzeug abfuhr. Die Kriminalbeamten griffen sofort zu und verhafteten sowohl den Fahrer als auch den Kraftfahrer und zwei auf dem Wagen befindliche Arbeiter. Es wurde festgestellt, daß das Auto dem Traindepot Spandau zugehört war. Die Spandauer Kriminalpolizei wurde sofort benachrichtigt und beobachtete nun das Traindepot in unaufrichtiger Weise. Dabei stellte es sich heraus, daß fast Nacht für Nacht Lastwagen und Pferdegeschirre mit Heeresgut nach Berlin gingen, wo sie bei Althändlern und Schiedern abgeladen wurden. Ferner wurde festgestellt, daß große Mengen Material durch das Verladekommando des Traindepots in Spandau nach Magdeburg gingen. Die Spandauer Polizei teilte dem Führer des Traindepots, Mittelmeister v. Lein, ihre Beobachtungen mit und es wurde zugleich eine Revision der Bücher und Auftragsbücher vorgenommen. Es ergab sich, daß zahllose Lieferzettelle, die bei den Ästen lagen, gefälscht waren. Man verhaftete die Arbeiterkräfte Herzog und Laube, die Schichtmeister Salomon und Dredow sowie den früheren Werkmeister Hageborn. Herzog hat die Unterschrift des Mittelmeisters v. L. auf zahllosen Ausgangsberechnungen und ebenso den Dienststempel des Traindepots gefälscht. Die Lieferberechnungen lauteten auf den Namen von Truppenabteilungen der Reichswehr, die jedoch, wie bisher festgestellt worden ist, niemals in den Besitz der Waren gelangt sind. Herzog verfuhr mit Hilfe Dredows, der in Berlin und Magdeburg den Verkehr mit den Heilern aufrecht erhielt, herabgezuckelten Mengen von Heeresgut. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, began die Diebstähle schon bis zu Beginn der Revolution zurück. Mehrere Mitglieder des Arbeiterrates und Arbeiter, welche im Depot angestellt waren, wurden ebenfalls verhaftet, da ihnen nachgewiesen werden konnte, daß sie an den dunklen Geschäften teilgenommen haben. Das Kommandanturgericht Spandau ist zurzeit bemüht, den Umfang der Diebstähle noch weiter aufzuklären. Welche Summen die Diebe verdient haben, geht daraus hervor, daß einige, die inzwischen das „Geschäft“ aufgegeben hatten, sich in Spandau und Berlin Geschäfte kaufen konnten. Ein Teil der Waren konnte bei den Althändlern beschlagnahmt werden. Der gesamte Arbeiterrat des Traindepots wurde sofort seines Postens enthoben.

Zimmer noch Schulnot in Berlin.

Mit einem Kostspiel wenden sich Parteigenossen aus Berlin-Rod an die Reichsregierung. Sie klagen darüber, daß im Städtischen Gesundbrunnen eine Schule obsolet ist, weil ihre Räume von der Erwerbslosenfürsorge benutzt werden. Im Frühjahr 1919 mußte in dem Doppelhaus an der Götzenburger Straße die 8. Gemeindeschule einem Bureau der Erwerbslosenfürsorge Platz machen und von da ab als „fliegende Schule“ die Räume der in demselben Hause untergebrachten 108. Gemeindeschule mitsuchen, wodurch ein sich über den ganzen Tag erstreckender Schulbetrieb nötig wurde. Aus schwerer sehen die Eltern sich gezwungen in ihrer Hoffnung, daß nach Beendigung des Krieges ihre Kinder endlich wieder einen regelmäßigen Unterricht in gesunden Räumen erhalten würden. Wieder mußten die Kinder abwechselnd vormittags und nachmittags zum Unterricht, wozu sich für die Familie die empfindlichsten Störungen ergaben. Da geht vormittags das eine Kind, nachmittags das andere zur Schule, und um 5 Uhr kommt der Vater von der Arbeitstätte, so daß die geplagte Mutter zu verschiedenen Zeiten das Essen herbeibringen muß. Für die Schulkinder bringt die vom Morgen bis zum Abend dauernde Benutzung der Schulräume auch gesundheitliche Schwabungen, weil Lüftung und Reinigung in den Mittagspausen nur unvollkommen ausgeführt werden können. Über 1000 ohnedies durch den Hungerkrieg geschwächte Kinder der beiden Schulen leiden unter diesem Zustand, der trotz allen bei der Schuldeputation vorgebrachten Klagen bisher nicht beseitigt worden ist. Die Genossen der Abteilungen 44 und 45 unserer sozialdemokratischen Organisation haben der Schuldeputation vorgeschlagen, die 88. Gemeindeschule zum Teil in leerstehenden Räumen einer benachbarten Mädchenmittelschule unterzubringen, aber bis jetzt ist das nicht geschehen. Daß die Gefahren des hier geschilderten Zustandes auch der Schuldeputation nicht unbekannt sind, lehnen und die von ihr selber in ihren Verwaltungsberichten angeführten Klagen darüber, daß in der Kriegszeit so viele Gemeindeschulhäuser mit Militär belegt werden mußten. Ueber die gesundheitliche Schädigung der Schulkinder durch Doppelbenutzung von Schulräumen haben Schulkärzer sich oft und deutlich genug geäußert, und auch in dem neuesten Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte finden wir wieder solche Klagen. Abhilfe tut dringend not!

Großfeuer im Militärlager Jossen.

Jossen ist abermals von einem Großfeuer betroffen worden. Gegen 11 Uhr nachts kam dort wiederum im Mühlenslager ein Brand aus, der bei dem heftigen Winde schnell eine gewaltige Ausdehnung erlangte. Vier große Militärbaracken fanden plötzlich in Flammen. Als die Jossener Ortsfeuerwehren an der ausgedehnten Brandstätte erschienen, war die Situation schon eine recht bedrohliche. Es wurde deshalb noch die Berliner Feuerwehr um Hilfe ersucht, deren 8. Automobilzug aber erst lange nach Mitternacht an der Brandstätte ankam. Inzwischen waren zahlreiche Wehren aus Roden, Mühlendorf, Schönow, Dabendorfer, Mittenau, Groh-Schulzenhofen usw. erschienen. Trotzdem kam noch in der Nacht und einer fünften Baracke nach Mitternacht Feuer aus, das ebenfalls schnell sich ausbreitete. Während bei dem Brande der ersten vier Baracken eine Brandkämpfung wegen der Ausdehnung nicht mehr einwandfrei festzustellen war, konnte dies bei dem Nebenbrande und dem der fünften Baracke zweifellos mit Sicherheit ermittelt werden.

Die Küche und die fünfte Baracke brannten trotz Bewachung gleich an mehreren Stellen so umfangreich, daß mehrere Brandherde noch ermittelt werden konnten. Ein Brandkämpfer kann unmöglich allein die Baracken angezündet haben; es müssen mehrere ihre Hände im Spiel haben.

Rose-Theater: „Sommernacht“.

Die Erstaufführung dieses von Wilhelm Braun verfaßten Stückes ging am Sonnabend über die Bühne. Eine Sechszehnjährige gewinnt den Liebhaber ihrer verwitweten Mutter, die selbst erst Mitte Dreißig ist, für sich. Sie gibt sich ihm hin und bewahrt ihn, der des Nordes aus Eifersucht an ihrem Vater angeklagt ist, vor dem Schafott, indem sie ihre Schande vor Gericht gesteht. Dann geht sie auf den Mat ihrer Mutter ins Wasser.

Erstes Mollen und gutes Können haben hier ein ergreifendes Stück wahren, herrlichen Lebens gezeichnet. Die Handlung schreitet flott vorwärts, der Dialog ist knapp und fein verzahnt. Nur das fast sabotische Verweilen bei den erschütternden Momenten im 3. Akt ist eine zu starke Zumutung an die Nerven der Zuschauer.

Unter der vorzüglichen Regie von Willi Stephan gelangte das Stück zu vollem Erfolge. Gertrud Dittmann als Frau Hertl, Kara von Joo als ihre Tochter Sophie und Fritz Gahn als Vater Traun nicht sparten ihre Rollen hervorragend treffend und lebenswahr. Arthur Waldemar als Liebhaber reizte an sie nicht heran. Schauspieler und Dichter wurden mit reichem Beifall gelobt. R. S. R.

Schutz den Spielplätzen.

Der Berliner Magistrat sieht sich genötigt, zum Schutz der Spielplätze sich mit einem Aufruf an die Bevölkerung zu wenden. Er erklärt:

Die öffentlichen Spielplätze innerhalb des Reichslandes der Stadt fallen durch die Jugendlosigkeit Erwachsener und der Schuljugend immer mehr der Verwahrung anheim, so daß in kurzer Zeit an die Stelle der Rasenflächen die Sandflächen treten werden. Schmucksträucher werden ihrer Blüten beraubt, Umzäunungen werden von jung und alt rücksichtslos niedergebissen, Schulen und Vereine werden bei der Abhaltung ihrer Spiele mit roher Gewalt verhindert. Gegen diese Zerschlagungslust sind die Platzwächter, die nur in geringer Zahl am Werke sein können, machtlos. Dessen kann nur Unterstützung der Abwehr dieses Unwesens durch Eltern, Vormünder und Erzieher und die Schule. Es wird vorausgesetzt, nur dieses Aufrufes bedürfen, und die wohlthätige Wirkung solcher laienmäßigen Mithilfe bei der Pflege der Spielplätze wird nicht ausbleiben. Das Spiel der Jugend in gärtnerisch schöner Umgebung ist nicht das geringste Mittel zu geistiger Erziehung.

Ein Hilfsauschuss für Rheinländer hat sich in Berlin gebildet. Er soll die Beziehungen zwischen dem besetzten Rheinlande und dem übrigen Deutschland, besonders Berlin, erhalten und festigen helfen. Zunächst ist in Berlin W. 58, Oberwallstraße 22, eine Beratungsstelle eingerichtet, die den Rheinländern aus dem besetzten Gebiet mit Rat und Tat zur Seite stehen soll.

Ein Doppelleben führte die Privatsekretärin eines Arztes aus dem Westen der Stadt. Der Arzt, der eine große Praxis hat, merkte schon seit Jahre und Tag, daß er fortgesetzt befruchtet wurde. Ein Detektivinstitut lenkte endlich den Verdacht auf seine Privatsekretärin Frau Fr. Sie schenkte die Unschuld selbst zu sein, hatte in der Steinmetzstraße die bescheidenste Wohnung für 80 M. pro Monat, lebte ansehnlich ebenso bescheiden und zeigte ständig ein sehr bedrücktes Wesen, das sie mit ihren unglücklichen Familienverhältnissen erklärte. Die Beobachtungen ergaben jedoch, daß sie dieses stille bescheidene und bedrückte Wesen nur in ihrem dürftigen Heim, im Hause und in der Nachbarschaft zur Schau trug. Ihr Hauptausgangspunkt war ein feines Hotel in einem benachbarten Quartier, wo sie die Welt da mitspielt, auf großem Fuße lebte und Geld mit vollen Händen ausgab. Der Verdacht wurde zur Gewissheit, aber es wollte nicht gelingen, die Frau mit dem Doppelleben genügend zu überführen. Sie hatte ein eigenes Verfahren, das erbeutete Geld jedesmal so zu verbergen, daß man es bei ihr nicht finden konnte. Im Hotel verstaubte sie es in den Zimmer einer anderen Gäste und nach Bedarf holte sie dann aus dieser „Sparflasse“ heraus, was sie brauchte. Endlich aber kamen die Beamten auch hinter diese Schliche, und so gelang es sie zu überführen. Eine ansehnliche Summe wurde bei ihr noch gefunden.

Ein morscher Baum verursachte am Sonntag auf dem Neuen See im Tiergarten einen Unfall. Als ein mit zwei Damen und zwei Herren besetztes Ruderboot durch einen der engen Kanäle fuhr, führte ein kurz am Ufer stehender großer Baum infolge des heftigen Windes um und begrub das Boot unter sich. Die vier Insassen fielen ins Wasser, gerieten aber glücklicherweise nicht unter den Baumstamm. Einer der Herren wurde jedoch von einem Zweig am Kopf getroffen und erlitt eine Gehirnerschütterung. Auf die Hilfe der Verunglückten eilten Boote hinzu und nahmen sie auf.

Eine braune Brieftasche mit namhaftem Gelddbetrag und wichtigen Papieren sowie Mitgliedsbuch des Wahlvereins der S. V. D., Legitimationskarte für Parteifunktionäre und Sammelkarte für den Agitationsfonds, beginnend mit den Namen Schmidt, Bender, ist am Sonnabend, 23. August, in der Postkammer des Holzarbeiterverbandes in Neukölln, Wriezener-Eden-Donaustraße, verloren worden. Es wurde beobachtet, daß der Finder die Tasche auf ihren Inhalt prüfte; kurze Zeit darauf wurde sie vermisst. Der Finder ist erkannt und wird gebeten, die Tasche gegen Belohnung im Poststellenlokal oder beim Eigentümer abzugeben.

Treprow-Sternwarte. Mittwoch, 7. Uhr, Vortrag von Herr. Nikolai: „Arztliche Stase in Andalusien“, mit zahlreichen farbigen Lichtbildern. Mit dem großen Fernrohr: die Vega, Ringnebel in der Segel und Sternhaufen im Perseus. Kleinere Fernrohre stehen kostenlos zur Verfügung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Verammlung der Kriegsschadigten des Wernerwerd Freitag, den 29. August 1919, Remondamm-allee, bei Lange.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Abteilung. Mittwoch, 27. August, 8 Uhr, in den Roland-Festhallen, Köpcke-Str. 26: Unterhaltungsabend. Reichshausprogramm. Charlottenburg. 12. Gruppe. Frauenabend Dienstag, 26. August, 7 1/2 Uhr, bei Kruhl, Kantstr. 51. Ref. Gen. Voegelin. „Die Forderungen der modernen Frauenbewegung“. Die Frauen der Genossen sind besonders eingeladen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Reichstarif in der Holzindustrie.

Die große Tarifbewegung in der Holzindustrie geht nun ihrem Ende entgegen. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Zentralverbänden war auf Wunsch der Arbeitgeber ein Schiedsgericht beim Reichsarbeitsministerium zusammengetreten, um über die streitige Arbeitszeit zu entscheiden. Der Schiedsspruch fiel im Sinne der Arbeiterforderungen aus und wurde, wie der „Vorwärts“ im Morgenblatt vom 24. Juli berichtet hat, von den Unternehmern abgelehnt. Was voranzutreiben war, trat nun ein. Nachdem so die zentralen Verhandlungen zum Scheitern gebracht waren, setzte eine umfangreiche Streikbewegung ein. Die Holzarbeiter versuchten an den einzelnen Orten das zu erreichen, was sie durch zentrale Verhandlungen nicht hatten erringen können.

Wiesach kam es nun zu örtlichen Verhandlungen und Vereinbarungen, durch die Streiks verhütet, zum Teil auch

ausgebrochene Streiks beendet wurden. In manchen Teilen des Reichs (soweit die vom Zentralverband des Arbeitgeber-Schutzverbandes gestützte Tarif auch bei den Unternehmern kein Verständnis gefunden zu haben. Auf Grund gegenseitiger Verhandlungen wurden nicht nur örtliche Verträge, sondern solche für ganze Bezirke abgeschlossen. So z. B. ein Vertrag für Württemberg, ein anderer für Sachsen; auch für Baden wurde ein Landesarif abgeschlossen, während Verhandlungen zum Abschluß eines Landesarif für Baden vorerst nicht von Erfolg gekrönt waren. Dagegen wurde, allerdings mit einer anderen Arbeitgeberorganisation, ein Vertrag für Rheinland-Westfalen abgeschlossen.

So standen die Dinge, als das Tarifamt für das Holzgewerbe am 11. August zusammentrat. Es war von verschiedenen Stellen angerufen worden, um örtliche Differenzen zu schlichten. Es gelang auch, eine Basis zu finden, die es dem Tarifamt gestattete, die beiderseitigen Zentralverbände zur Wiederaufnahme der Verhandlungen einzuladen. Am 20. 21. und 22. August hat nun die zentrale Verhandlungskommission getagt und es ist ihr gelungen, sich soweit zu einigen, daß die sofortige Aufhebung der streikenden Streiks und Ausperrungen beschlossen werden konnte.

Die größten Schwierigkeiten hatten die materiellen Forderungen der Arbeiter verursacht. Hinsichtlich der Arbeitszeit machten die Arbeitervertreter das Zugeständnis, daß die Arbeitszeit nach dem gestellten Schiedsspruch erst am 15. November eingeführt wird. Demnach geht die nun getroffene Abmachung dahin, daß die wöchentliche Arbeitszeit beträgt:

Tarifklasse . . .	I	II	III	IV	V	VI
Sofort	48	47	48	48	48	48 Std.
ab 15. Nov. 1919	48	48	47	47	48	48

An Teuerungszulagen war bereits bei Beginn der Verhandlungen im April d. J. zugestanden worden, daß die Löhne der Holzarbeiter in den beiden ersten Tarifklassen um 50 Pf., in der dritten und vierten Klasse um 45 Pf., in der fünften und sechsten Klasse um 40 Pf. erhöht werden. Im Laufe der weiteren Verhandlungen waren weitergehende Forderungen erhoben worden. Jetzt bei Abschluß der Verhandlungen wurde an neuen Teuerungszulagen bewilligt:

Tarifklasse . . .	I	II	III	IV	V	VI
Holzarbeiter . . .	95	85	80	80	25	25 Pf.
Hilfsarbeiter . . .	90	90	25	25	20	20
Arbeiterinnen und jugendl. Arbeiter	25	25	20	20	15	15

Diese Zulagen werden in zwei Raten bewilligt, von denen die größere sofort, die zweite, meist in Höhe von 10 Pf., am 15. November in Kraft tritt.

Im Gegensatz zu dem jetzigen Brauch wurden jetzt zwei Lohnnormen eingeführt, nämlich Durchschnittslöhne und Mindestlöhne. Für Holzarbeiter betragen dieselben:

Tarifklasse . . .	I	II	III	IV	V	VI
Durchschnittslohn	2,85	2,65	2,30	2,15	2,00	1,90
Mindestlohn . . .	2,45	2,25	2,10	2,00	1,90	1,80

Hierbei ist zu bemerken, daß diese tariflichen Lohnnormen in vielen Orten zurzeit nur eine theoretische Bedeutung haben. In Berlin beträgt z. B. der Durchschnittslohn zurzeit schätzungsweise etwa 4 M., während der Mindestlohn kaum weit unter 3,50 M. heruntergehen dürfte. In diesen tatsächlichen gezahlten Löhnen kommen nun die vereinbarten Teuerungszulagen.

An Ferien wurden im Reichsarif zugestanden 8 Tage nach halbjähriger Beschäftigung, freigegeben jedes Jahr um einen Tag bis 6 Tage. Aus dem umfangreichen Vertragswerk sei noch erwähnt, daß in ihm zum ersten Male eine Regelung des Leistungsmaßes ist, die jetzt durchgeführte Einstellung aller Städte in der Holzindustrie in Angriff genommen wird. Bedeutend sechs Tarifklassen. Bis auf einige kleine Reste ist der Reichsarif fertiggestellt. Diese Streitfragen werden in den nächsten Tagen vom Tarifamt unter dem Vorbehalt eines Unparteiischen entschieden, und beide Parteien haben im voraus ihre Zustimmung zu der Entscheidung gegeben.

Der Abschluß des Reichsarifs bedeutet einen großen Fortschritt in dem Tarifvertragswesen in der Holzindustrie, wo es bisher nur zahlreiche Einzelverträge gegeben hat. Auf eine Vereinheitlichung der Tarife hat der Deutsche Holzarbeiter-Verband schon seit Jahren planmäßig hingearbeitet. Dieses Ziel ist nun durch den Abschluß des Reichsarifs erreicht.

Wiederaufnahme der Arbeit in den Hamburger Banken.

Ein Telegramm aus Hamburg meldet, daß die Zentralstreikleitung in einer in den heutigen Morgenblättern veröffentlichten Bekanntmachung die streikenden Angestellten der Hamburger Girobanken auffordert, ihre Tätigkeit bereits am Montag früh wieder aufzunehmen. Diese Maßnahme sei in dem Verhalten des Reichsministeriums begründet. Die Zentralstreikleitung hatte noch wie vor an ihren Forderungen fest, die durch zwei Schiedsprüche bestätigt seien und sich auf die Dauer durch Nachmittel nicht aus der Welt schaffen ließen.

Achtung! Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters!

Der Andrang zum Verkauf der Eintrittskarten zu den Volkskonzerten des Philharmonischen Orchesters war am ersten Tage bereits so hoch, daß sämtliche Eintrittskarten für alle Konzerte ausverkauft worden sind. Damit haben die Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters für das Jahr 1919 ihr Ende erreicht.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Die Beamtenmüller.

Dem Vorstand des Deutschen Musikerverbandes erhalten wir folgende Mitteilung: Die neugegründete Beamtenmüller-Vereinigung kündigt in einigen bürgerlichen Tageszeitungen ein Musikdemonstrationskonzert der Beamtenmüller an, das als Protest gegen die vom Reichsarbeitsministerium erlassene Verfügung eines Verbot des gewerblichen Musizierens der Beamten gelten soll. Wir möchten darauf hinweisen, daß die Zivilmusikjahrrechnung durch das gewerbliche Musizieren der Beamten auf das Empfindlichste geschädigt worden ist. Die Beamten waren stets Kolonnenführer, jederzeit bereit, bei Lokaldämpfen der Müller die Arbeitsmühen abzugeben. In der gegenwärtigen Zeit schädigt der musizierende Beamte nicht nur den erwerbslosen Musiker, er schädigt auch die Allgemeinheit, indem er die für die erwerbslosen Musiker zu zahlende städtische Erwerbslosenunterstützung höchstbedeutend vermindert. Der größte Teil der ständig gewerblich musizierenden Beamten hat nachweislich ein sehr gutes Einkommen. Teuerungszulagen, Entschädigungssummen und Vergünstigungen bei Anstellung von billigen Nahrungsmitteln sind den Beamten, auch den musizierenden, reichlich zuteil geworden. Eine Schädigung der Beamten durch das Verbot des gewerblichen Musizierens liegt nicht in dem Maße vor, daß ihre Existenz gefährdet wäre, was aber jederzeit durchaus von der Musikerchaft behauptet und nachgewiesen wird, solange das Verbot des gewerblichen Musizierens der Beamten nicht besteht. Durch die von den Beamten angegebenen Engagements haben viele Musiker eine Existenz in vielen Fällen überhaupt erst ein Einkommen erhalten. Das von dem Reichsarbeitsministerium erlassene Verbot hat nur legendäres Gewicht. Das Verhalten der Beamten, diese Verordnung zu versuchen umzusetzen, ist ein nicht zu billiger und nicht zu verheißender Angriff auf die Existenz vieler Berufsmusiker und ist in sozialer, sittlicher und wirtschaftlicher Beziehung nur zu verurteilen. 90 Prozent der Beamtenschaft muß mit dem vom Staate oder den Gemeinden bewilligten

